Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Zifferansatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 145. **Montag** den 25. Mai 1891. **85. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die **Erd- und Maurerarbeiten** zum Neubau des Zwangsarbeitshauses hier sind vergeben.

Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber werden deshalb ihres Angebots hiermit entlassen.

Leipzig, den 21. Mai 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 2153/702. Dr. Georgi. Lindner.

In Gemäßheit von §. 17 der Leipziger Sparcassenordnung, beziehentlich §. 19 der Leipziger Leihhausordnung werden die als verloren gegangen angezeigten

a. Sparbücher Serie I Nr. 16153, 67647, Serie II Nr. 8859, 59514, 65919, 184465,
b. Quittungsscheine über die Sparbücher Serie II Nr. 16431, 44176, 53795, 62901, 85818, 148156, 157945 164261, 175132, 183812 184585 190764 195876 197281, 198484,
c. Pfandscheine Lit. A. 46791, Lit. B. 69229, 69230, 69231,

da trotz erlassener Bekanntmachung eine Meldung über ihre Auffindung hier nicht erstattet worden ist, hiermit für ungiltig erklärt.

Leipzig, den 23. Mai 1891.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Bekanntmachung.

Zu Gunsten der **Schwestern-Casse des Albert-Zweigvereins Leipzig** erhielt ich von Herrn **Friedensrichter Schwarzmann** folgende vom 20. Novbr. 1890 bis 13. Mai 1891 gezahlten Sühnegelder:

ℳ 30.—	Sühne	in	Sachen	B. S. / R.
„ 10.—	„	„	„	B. / H.
„ 10.—	„	„	„	L. / H.
„ 5.—	„	„	„	S. / R.
„ 6.50	„	„	„	We. / He.
„ 3.—	„	„	„	T. / W.
„ 5.—	„	„	„	L. / T.
„ 10.—	„	„	„	Fr. / E.
„ 5.—	„	„	„	H. / L.
„ 3.—	„	„	„	H. / B.
„ 5.—	„	„	„	R. / Sch.
„ 5.—	„	„	„	K. / Th.
„ 4.—	„	„	„	W. / H.
„ 10.—	„	„	„	T. / Th.
„ 9.—	„	„	„	R. / K.
„ 4.—	„	„	„	Sch. / F.
„ 20.—	„	„	„	W. / W.
„ 5.—	„	„	„	H. / B.
„ 1.—	„	„	„	S. / Sch.
„ 5.—	„	„	„	H. / M.
„ 25.—	„	„	„	W. / L.
„ 9.—	„	„	„	Sch. / Fr.
„ 5.—	„	„	„	M. / L.
„ 2.—	„	„	„	M. / H.
„ 3.—	„	„	„	R. / Ge.
„ 10.—	„	„	„	Sch. / H.
„ 5.—	„	„	„	R. / L.
„ 3.—	„	„	„	M. / M.
„ 5.—	„	„	„	Sch. / Fr.
„ 61.50	aus der Sammelbüchse.			
ℳ 284.—				

weniger hierdurch dankend quittire.

Leipzig, 23. Mai 1891.

Carl Strube,
Rechnungsführer des Albert-Zweigvereins.

Leipzig, 25. Mai.

* Der Aufenthalt des Kaisers in Prökelwitz dürfte noch bis in die Mitte dieser Woche dauern. Ende der Woche finden bekanntlich die Frühjahrsparaden beim Gardecorps — in Berlin und Potsdam — statt. Das Befinden des Kaisers ist ein ganz vorzügliches.

* Nachdem Deutschland sich zur Theilnahme an der Weltausstellung in Chicago bereit erklärt hat, sind die entsprechenden Vorbereitungen seitens des zum Reichscommissar ernannten Geh. Regierungsraths Wermuth alsbald begonnen worden. Amtliche Bekanntmachungen werden in den ersten Tagen des Juni ergehen. In Amerika hat die angekündigte Theilnahme Deutschlands an der Ausstellung lebhafte Befriedigung hervorgerufen.

* Am 26. Mai wird das preußische Abgeordnetenhaus zum letzten Abschnitt seiner bereits seit November währenden Session wieder zusammentreten. Man erwartet, daß es gelingen wird, die Session bis etwa Mitte Juni zu beendigen. Das Abgeordnetenhaus hat vorzugsweise noch den Etat in dritter Lesung und die Sperrgeldervorlage zu erledigen, sowie eine Verständigung mit dem Herrenhause über die Landgemeindeordnung zu suchen.

* Die aus der „Neuen Züricher Zeitung" in mehrere Blätter übergegangene Nachricht, Herr Oberbürgermeister v. Forckenbeck beabsichtige zum Herbst um seine Pensionirung nachzusuchen, entbehrt, wie Berliner Blätter in der Lage sind auf das Bestimmteste zu erklären, jeder Begründung.

* Im Hinblick auf die bevorstehende Handwerkerconferenz in Berlin, welche den Zunftbestrebungen neue Nahrung zu geben sich berufen fühlen wird, sei zur Kennzeichnung der Stellung, welche der neue Reichstag zu diesen Fragen einnimmt, an die Verhandlungen erinnert, welche im vorigen Jahre gelegentlich des Gewerbegerichtsgesetzes daselbst stattgefunden haben. Es handelte sich um die Zuständigkeit der Innungen zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten. Die Regierungsvorlage wollte die auf Grund der Gewerbeordnung bestehenden Rechte der Innungen aufrechterhalten, die Commission des Reichstags ging darüber hinaus, indem sie ausdrücklich beschloß, daß durch die Zuständigkeit einer Innung oder eines Innungsschiedsgerichts die Zuständigkeit eines für den Bezirk der Innung bestehenden oder später errichteten Gewerbegerichts ausgeschlossen werde. Die Deutschfreisinnigen beantragten eine Aenderung des Paragraphen dahin, daß nur bei Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und ihren Lehrlingen die Zuständigkeit der Innung fortbestehen soll. Eventuell beantragten sie die Berufung gegen die Entscheidungen der Innung und des Innungsschiedsgerichts an das Gewerbegericht. Diese Anträge, für die auch die Socialdemokraten und Nationalliberalen stimmten, wurden mit geringer Mehrheit (122 gegen 114 Stimmen) abgelehnt, das Innungsprivileg nach dem Commissionsvorschlag durch Conservative, Centrum, Polen aufrecht erhalten. Das Vorhandensein einer, wenn auch geringen, den Zunftprivilegien günstigen Mehrheit im gegenwärtigen Reichstag ist damit festgestellt.

* Der „Germania" scheint es etwas bang zu werden um das Zustandekommen des Sperrgeldergesetzes. Die „Vossische Zeitung", welche in der deutschfreisinnigen Presse die Aufgabe hat, das „protestantische Gewissen" für diejenigen ihrer Parteigenossen zu vertreten, welche bisweilen an der Gunstbuhlerei vor dem Ultramontanismus Anstoß nehmen, hatte die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen, was freilich ihre deutschfreisinnigen Freunde nicht hindern wird, Mann für Mann dafür zu stimmen. In einer Polemik gegen diese Betrachtungen sucht nun das leitende Centrumsblatt noch einmal alle Gründe der Billigkeit und des Rechts zusammen, welche nach seiner Ansicht die Herausgabe des Geldes verlangen. Auch leise Drohungen fließen in die Betrachtungen der „Germania" mit ein: „Daß die unerledigte Sperrgelderfrage normale Stimmungen schwer aufkommen läßt und daß sich bei einem neuen Scheitern des Gesetzes in stärkster Weise geltend machen würde, wie sehr diese Frage auf den Stimmungen lastet, das ist ganz zweifellos." In dem Artikel der „Germania" sucht man vergeblich nach einer Antwort auf die naheliegende Frage, wie sich denn das Centrum zu dem in der Commission wesentlich umgearbeiteten Gesetzentwurf zu verhalten gedenkt. Die Zustimmung des Centrums ist die unerläßliche Vorbedingung für das Zustandekommen des Gesetzes. Wir glauben, daß selbst bei den Conservativen keine Neigung herrscht, ohne diese Bedingung die Vorlage zu genehmigen. Denn das Gesetz würde seinen hauptsächlichsten Zweck, die versöhnende Wirkung auf das katholische Volk, vollständig verfehlen, wenn es unter Widerspruch des Centrums zu Stande käme. Darüber aber geht die „Germania" mit Stillschweigen hinweg; sie sagt nicht, daß das Centrum das umgearbeitete Gesetz annehmen, sie sagt aber auch nicht, daß die Partei dasselbe ablehnen werde. Ob das Blatt wirklich noch hofft, daß sich auch ohne Centrum eine Mehrheit für die Vorlage im Abgeordnetenhause finden wird? Uns ist es eher zweifelhaft, ob es auch mit dem Centrum der Fall sein wird. Es mag der klerikalen Partei schwer fallen, nachdem sie geglaubt hatte, in dieser Frage die unbegrenztesten Ansprüche durchsetzen zu können, jetzt klein beigeben und das von der anderen Seite Gebotene annehmen zu müssen. Sie hätte ebenso gut im vorigen Jahre den Regierungsentwurf annehmen und damit die Sache schon längst aus der Welt schaffen können. Aber es hilft nichts, das Gesetz in der Fassung der Commission ist das Aeußerste, was jetzt zu erreichen ist, und das Centrum mag froh sein, wenn die Angelegenheit mit diesem Ergebniß abschließt.

* Man schreibt aus Berlin: „Sogar die „Kreuzzeitung" muß jetzt bestätigen, daß zwischen Berlin und Petersburg zollpolitische Verhandlungen schweben. Das Blatt sieht gewiß nicht im Verdachte, ein näheres Verhältniß wirthschaftlicher Natur zwischen uns und Rußland zu wünschen, und das Zugeständniß, daß Verhandlungen eingeleitet sind, hat deshalb gerade von dieser Seite her seinen Werth. So lange die entsprechenden Mittheilungen von den Freunden einer Erleichterung des Verkehrs kamen, konnten die Agrarier mit einigem Schein von Recht darauf hinweisen, daß der Wunsch wohl der Vater des Gedankens sein möge. Davon ist jetzt aber nicht mehr die Rede, auch nicht einmal zu lediglich agitatorischen Zwecken. Es besteht thatsächlich die ernste Absicht, aus dem Zustande der Vertragslosigkeit Rußland gegenüber endlich herauszukommen, und diese Absicht stößt in Petersburg nicht mehr auf den früheren heftigen Widerstand. Das erstere hat man schon vor Monaten gewußt. Neu aber und erfreulich zugleich ist, daß die russische Regierung geneigt ist, und Zugeständnisse zu machen. Die „Kreuzzeitung" erfährt, daß von einem Handelsvertrag zwar nicht gesprochen werden könne, daß aber doch einige erleichternde Arrangements zu erwarten seien. Wenn das Blatt gleichzeitig mittheilt, daß die Grundlage der Vereinbarungen die Ermäßigung unseres Getreidezolls auf 3½ ℳ auch gegenüber der russischen Einfuhr bilden werde, so liegt es auf der Hand, daß für dies starke Zugeständniß entsprechend starke Gegenleistungen werden beansprucht werden; die „kleinen" Arrangements werden hiernach hoffentlich ganz ansehnliche sein, wofern es überhaupt zu einem Vertragsabschlusse kommt."

* Die Münchener „Allgemeine Zeitung" veröffentlicht folgende Erklärung:

Unter der Ueberschrift „Politik und Börse" haben sich die „Münchener Neuesten Nachrichten" aus Paris melden lassen, daß die Actien eines großen deutschen Verlags- und Zeitungsunternehmens an der Pariser Börse ausgeboten werden, und das „Münchener Fremdenblatt" hat ohne Widerspruch von Seiten der „Neuesten Nachrichten" diese Meldung dahin erläutert, daß es sich um Actien des Verlags der „Allgemeinen Zeitung" handele. Uebereinstimmend weisen beide Blätter darauf hin, daß von Seiten der Pariser Agenten die betreffenden Actien durch den besonderen Hinweis auf die oppositionelle, der deutschen Regierung Verlegenheiten bereitende Haltung jener Zeitung der französischen Kauflust empfohlen werden. Die Abfertigung des Vorwurfs einer unpatriotischen Haltung haben wir selbstverständlich unserer Redaction überlassen; als Verlagsfirma erwidern wir unsererseits Folgendes:

1) Die „Allgemeine Zeitung" ist überhaupt kein Actien-Unternehmen, sondern Eigenthum der unterzeichneten Firma. Richtig aber ist, wie schon von Seiten der Redaction bemerkt wurde, daß die Inhaber unserer Firma zugleich Hauptbetheiligte bei der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart sind. 2) Weder die „Allgemeine Zeitung", noch die Cotta'sche Buchhandlung, noch die Union unterhält „Agenten" oder irgendwelche Beziehungen zur Börse in Paris. 3) Die unterzeichnete Firma hat so wenig als die Union Actien zum Verkauf anzubieten. Was die Union betrifft, so ist durch einen uns vorliegenden notariellen Act constatirt, daß die Union bis heute weder Actien noch Actienzertificate ausgegeben oder auch nur gedruckt hat. Die wenigen Eigenthümer, welche das gesammte Actiencapital in sich vereinigen, besitzen keinen anderen Titel, als den Eintrag in das Actienbuch. 4) Hiernach kennzeichnet sich die ganze Pariser Meldung als eine bodenlose Erfindung, und wir richten an die Redaction der „Neuesten Nachrichten" zu Ehren der deutschen Presse die Aufforderung, durch Nennung ihrer Quelle zur Entlarvung eines frechen Bubenstücks beizutragen: wir hoffen, daß sie sich dieser Pflicht nicht entziehen und so dem Vorwurf einer moralischen Mitschuld entgehen werde.

Stuttgart, 22. Mai 1891.

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger.

* Ueber die Gesinnungen der Jungczechen gegen die Deutschen wird man sich füglich nirgends einer Selbsttäuschung hingeben. Die Czechen haben in früheren Jahren ihre Vertretungen nach Moskau entsandt, um sich mit den Russen zu verbrüdern; sie haben nicht minder ihre Glückwünsche an Gambetta entboten und die Anwesenheit jedes russischen oder französischen Gastes in dem „goldenen Prag", selbst diejenige Sarah Bernhard's, zu deutschfeindlichen Kundgebungen benutzt. Die Erbschaft der früher einheitlichen czechischen Partei haben die Jungczechen angetreten. Ihre Presse erhob, als im Jahre 1887 der Krieg Oesterreichs mit Rußland drohte, lebhaften Einspruch gegen jede Bewilligung von Geldern zu einem solchen Kampfe und gegen jegliche Verwendung czechischer Truppen gegen das Zarenreich. Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn gegenwärtig wieder in der böhmischen Hauptstadt deutschfeindliche Orgien aufgeführt werden. Auf der Prager Ausstellung fand eine Aufsehen erregende Scene statt. Ein Norddeutscher, der ein großes Berliner Haus vertritt, besuchte mit Bekannten die Ausstellung; Studenten schrien ihn an, wie er sich unterstehen könne, deutsch zu reden. Auf die Einwendung, daß er Berliner sei und nicht czechisch verstehe, schrie ein Student: „Wir brauchen keine Berliner auf unserer Ausstellung! Wer nicht czechisch kann, soll zu Hause bleiben." Als der Berliner erwiderte: „Da hätten Sie in deutschen Städten keine deutschen Plakate affichiren sollen", erhielt er einen Faustschlag auf ein Auge. Der Haupträdelsführer ist ein Sohn Gregrs. Und heute sehen geht uns folgende Mittheilung zu:

Prag, 23. Mai. Gestern Abend traf eine fünf Mitglieder zählende Abordnung französischer Studenten ein, um die Ausstellung zu besuchen und zugleich dem czechischen Studentenfeste beizuwohnen. — Eine große Menge Czechen erwartete die Franzosen am Bahnhofe; als der Zug einfuhr, ertönten stürmische Rufe: „Vive la France!" Die Franzosen wurden mit einer czechischen und einer französischen Ansprache begrüßt. In beiden Ansprachen hieß es, Czechen und Franzosen haben einen gemeinsamen Feind, den Germanismus, zu bekämpfen. Als die Franzosen in die Stadt fuhren, geleitete sie die Volksmenge durch die Straßen, nationale Lieder singend und in Slava-Rufe ausbrechend. Die Polizei zerstreute schließlich die Menge.

* Der „Politischen Correspondenz" zufolge, ist an Stelle des ungarischen Ministers am Hoflager des Kaisers, von Szögyenyi, welcher auch nach seiner Ernennung zum Minister ausnahmsweise mit der Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland, welche er als Sectionschef im gemeinsamen Ministerium des Aeußern begonnen, betraut war, der Sectionschef im Ministerium des Aeußern, Glanz, in Vertretung des Grafen Kalnoky mit der Führung der Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz beauftragt worden.

* Aus Kopenhagen wird vom 21. Mai geschrieben: Ein von Mitgliedern der radicalen Linken gemachter Versuch, die aufgelöste Verbindung mit der moderaten (verhandelnden) Linken wieder herzustellen, ist seitens der letzteren aufs Entschiedenste zurückgewiesen worden. Es ist von der moderaten Linken ganz besonders betont worden, daß, abgesehen von der großen Meinungsverschiedenheit, die zwischen ihr und den Radicalen in Bezug auf die der Regierung und deren Anhang gegenüber zu befolgende Politik besteht, das enge Bündniß der Socialdemokratie mit den Anhängern Berg's und Hörup's es ihr für jetzt und alle Zukunft unmöglich mache, mit letzteren wieder Hand in Hand zu gehen. Die Radicalen behaupten nun, daß die Moderaten schon vollständig ins conservative Regierungslager übergegangen seien. Diese Beschuldigung ist indeß als eine grundlose zu bezeichnen. Die vielen liberalen Parteiversammlungen, welche fortdauernd überall im Lande abgehalten werden, beweisen, daß das liberale Bürger- und Bauernthum in seiner großen Mehrheit die „Verhandlungspolitik" der moderaten Linken billigt und sich mehr und mehr von den Herren Berg und Hörup wegen ihrer Brüderschaft mit den Socialisten abwendet. Die hiesigen Anhänger der moderaten Linken werden aus dem „Kopenhagener liberalen Wählerverein", in welchem die Berg-Hörup'sche Richtung die Oberhand hat, ausscheiden.

* Die Leitung der italienischen Politik durch den Conseilspräsidenten Marchese di Rudinì hat es bis jetzt verstanden, allen Klippen aus dem Wege zu steuern, welche am Tage nach dem Rücktritt Signor Crispi's dem italienischen Staatsschiff gefährlich zu werden drohten. Unter den Auspicien eines Staatsmannes von so hervorragenden Eigenschaften, wie sie den Amtsvorgänger des jetzigen Premiers auszeichneten, war Italien rasch zu größerem internationalen Ansehen und Prestige gelangt, als zu irgend einem früheren Zeitpuncte seit Aufrichtung des Einheitsstaates. Bei der Uebernahme der Geschäfte durch den Marchese di Rudinì mochte daher die öffentliche Meinung, namentlich in den Italien befreundeten und verbündeten Ländern, ihr Urtheil über den stattgehabten Cabinetswechsel vorerst zurückhalten und dessen schließliche Gestaltung von den Leistungen des neuen Premiers abhängig machen. Fehlte es doch nicht an Zweiflern, die da voraussahen, daß das neue Regime allmälig in ein neues Fahrwasser lenken und die Politik Italiens auf franzosenfreundlichere Bahnen infradiren werde, mit der Wirkung einer Lockerung des Verhältnisses zu den Centralmächten. Indeß litt diese Voraussetzung an dem doppelten Grundfehler völliger Verkennung der Gesinnungen und Denkweise des Königs, sowie einer durchaus schiefen Beurtheilung des politischen Standpunctes di Rudinì's. Die Erkenntniß, daß Italien seinen nationalen wie seinen internationalen Aufgaben nur bei gefestigter, friedlicher Zeitlage völlig zu genügen vermöge, und daß es deshalb auf den engsten Zusammenschluß mit den Vormächten des Friedens, das ist Deutschland und Oesterreich-Ungarn, geradezu angewiesen sei, ist heutigen Tages so durchaus in Fleisch und Blut aller einsichtsvollen italienischen Patrioten übergegangen, daß, wer auch immer aus ihrem Kreise durch das Vertrauen des Monarchen an die Spitze des Ministeriums berufen werden mochte, über die von ihm einzuschlagende ligne de conduite keinen Augenblick im Zweifel sein konnte. Wenn der Erfolg die beste Rechtfertigung ist, so darf Marchese di Rudinì jedenfalls voller Genugthuung auf den bis jetzt von ihm zurückgelegten Weg blicken. Italien hat an internationalem Credit unter seiner Leitung nicht nur nichts eingebüßt, sondern durch die freimüthige Art und Weise, wie der Premier seinen Entschluß, die Continuität der auswärtigen Politik festzuhalten, aussprach und begründete, womöglich noch gewonnen; und wenn Rudinì, unbeschadet des Bundesverhältnisses Italiens zu den Centralmächten, allgemein in Frieden und Freundschaft mit aller Welt zu leben trachtet, so versteht es sich von selbst, daß er Frankreich gegenüber keine Ausnahme macht. In der Behandlung der Streitigkeiten mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat Marchese di Rudinì Beweise eines nicht gewöhnlichen Grades von Charakterstärke, politischem Tact und diplomatischer Ueberlegenheit geliefert, dergestalt, daß er in Vertheidigung des durch die Neworleanser Lynchexcesse gekränkten völkerrechtlichen Princips die Sympathien aller europäischen Culturvölker unverkürzt auf seiner Seite hatte. Die innerpolitische Action Rudinì zeichnet sich, den irredentistischen und socialrevolutionairen Umtrieben gegenüber, durch maßvolles, aber, wo nöthig, auch sehr entschiedenes Handeln aus. In finanziellen und colonialen Dingen ist das Bestreben nach Herbeiführung umfassender Ersparnisse, natürlich nicht auf Kosten der militairischen und maritimen Schlagfertigkeit, unverkennbar. So zeigt es sich auf allen wesentlichen Gebieten der Staatsverwaltung, daß der jetzige Premier mit einer glücklichen Hand ausgerüstet und den Anforderungen seines Postens gewachsen ist.

* Wie verlautet, wird der Papst, obwohl derselbe sich vollkommen wohl befindet, nach Abhaltung des Consistoriums am 4. Juni, die außerordentlichen Empfänge während der Dauer der heißen Saison einstellen.

* Auf dem Bahnhofe in Belgrad hatte Königin Natalie vom Coupéfenster aus den Officieren, welche die Escorte geführt hatten, beleidigende Worte zugerufen, indem sie höhnisch fragte, ob dieselben in solcher Weise Slivnitza, wo die serbische Armee von der bulgarischen geschlagen wurde, wettmachen wollen. Den Semlin aus richtete sie nun an den General Ljeschanin, einen ihrer fortschrittlichen „Freunde", folgende Adresse:

Herr General! Ich bitte Sie als alten Soldaten, den Officieren Folgendes zu erklären. Als ich gestern auf dem Bahnhofe in heftiger Aufregung einigen Herren Officieren ein bitteres Wort zurief, konnte mir dies nur unter dem schweren Drucke seelischer Verstimmung entschlüpfen, unter welchem ich mich in jenem Augenblicke befand. Ich würde es sehr bedauern, wenn diese Herren Officiere mein vorwurfsvolles Wort auf sich bezogen hätten, und ich hoffe, daß Sie als Zeugen meiner Aufregung leicht verstehen werden, auf wen es natürgemäß zu beziehen ist. Ich weiß, was ein Soldat ist, und daß er die Befehle seines Vorgesetzten ausführen muß. Die Schmach falle auf das Haupt jener zurück, welche sie in eine solche unwürdige Lage brachten. Empfangen Sie den Ausdruck meiner Achtung und aufrichtigen Freundschaft. Natalie.

* Nach einem der kaiserlich japanischen Gesandtschaft in Wien zugekommenen Telegramme aus Tokio hat der Großfürst-Thronfolger von Rußland am 19. d. M. den Hafen von Kobe verlassen und die Ueberfahrt nach Wladiwostok angetreten, von wo er sich den Weisungen seines Vaters, des Zars, entsprechend, nach Sibirien begiebt. Vor seiner Abreise drückte der Großfürst-Thronfolger seinen Dank aus für die Gastfreundschaft, welche ihm von Seite des Kaisers von Japan und des japanischen Volkes zu Theil wurde.

* Nach allen vorliegenden Berichten erscheint der Prinz Georg von Griechenland in der That als der Lebensretter des Großfürsten-Thronfolgers; er führte gegen den Attentäter einen so heftigen Schlag, daß derselbe Tags darauf dieser Wunde erlegen ist. Wie wir vernehmen, hat der Zar den König von Griechenland ersucht, seinen Sohn, den Prinzen Georg, zu veranlassen, die Absicht von Wladiwostok aus zu Schiff zurückzukehren, aufzugeben und den Großfürsten-Thronfolger auf dessen Reise nach Sibirien und auf dem Heimwege nach Charkow und St. Petersburg zu begleiten, wo die glückliche Rettung des Thronfolgers durch glänzende Festlichkeiten gefeiert werden soll. Zugleich läßt der Zar eine Medaille prägen, die in feierlicher Weise dem Prinzen Georg überreicht werden soll.

* Nach einer Depesche des „New-York Herald" aus Acapulco verweigern die mexikanischen Behörden dem Capitain des chilenischen Kreuzers „Esmeralda" die Versorgung mit Kohlen. Man befürchtet einen Conflict.

* Die Wirren in Chile lassen noch immer kein Ende absehen. Nach der Vermuthung des Lissaboner Correspondenten der „Times" habe der Präsident Balmaceda die Vermittelung Frankreichs, Brasiliens und der Vereinigten Staaten nur angerufen, um durch eine List von den Friedensbedingungen der Congreßpartei Kenntniß zu erhalten. Nachdem es ihm gelungen sei, durch seinen Agenten in Paris, Artunez, in England die Kanonen für den in Frankreich gebauten Kreuzer „Präsident Pinto" anzukaufen, habe er die Friedensverhandlungen abgebrochen in der festen Ueberzeugung, Frankreich und England würden die Ausrüstung und Abfahrt des „Präsident Pinto" und des „Präsident Errazuriz" gestatten. Aus Iquique wird von kleinen Kämpfen zwischen den Kriegsschiffen der Regierung und denen der Congreßpartei berichtet. Sie spielten sich besonders zwischen dem Torpedokreuzer „Almirante Lynch", demselben, der das Panzerschiff „Blanco Escalada" in die Luft sprengte, und dem „Imperial" auf der Seite der Regierung und dem „Almirante Cochrane" und „O'Higgins" auf der andern Seite ab. Es kam zu keiner Entscheidung. Doch geschah auf dem „Almirante Cochrane" eine Unfall, indem ein Torpedo, der in Stand gesetzt werden sollte, explodirte, wobei ein Mann getödtet und einige andere verwundet wurden. Inzwischen wird ein neuer Erfolg der Regierungspartei gemeldet.

Zur Synode.

Ein Landgeistlicher schreibt uns: Mit besonderer Spannung darf man den Verhandlungen der Synode über den Erlaß betreffend die Verlegung des ersten sächsischen Bußtags entgegensehen, dessen Begründung voraussichtlich scharfen Angriffen ausgesetzt sein wird. Da der Erlaß im Wortlaut bereits mitgetheilt ist (Nr. 142, S. 3394), sei nur kurz wiederholt, daß eine Verlegung des Bußtags angestrebt wurde, weil die Altenburgischen Behörden eine Verlegung des gleichzeitigen Roßmarktes durchaus ablehnen; daß eine Späterlegung auf den nächsten Freitag, also vor Lätare, unthunlich sein soll, „weil in der Zeit, in welche gewöhnlich der Sonntag Lätare fällt, nicht füglich einer der vorhergehenden Wochentage für die landwirthschaftlichen Arbeiten entbehrt werden kann"; dagegen eine Früherlegung um 8 Tage auf Freitag vor Reminiscere insofern nicht unbedenklich sei, als „leider erfahrungsgemäß in den ersten Wochen der Passionszeit die weltlichen Lustbarkeiten noch so stark im Schwange gehen, daß sie namentlich in den Jahren, in welchen Ostern zeitig fällt, die Stille und den Ernst der Bußtagsfeier beeinträchtigen würden."

Nebenbei sei bemerkt, daß alle Schwierigkeiten mit der in neuerer Zeit kräftig angestrebten Festlegung des Osterfestes sofort wegfallen würden, insofern als dann für den ersten Bußtag, wenn er eine Woche später als jetzt, nämlich auf Freitag vor Lätare gelegt würde, die Tage vom 8. bis 14. März in Frage kämen, wo die landwirthschaftlichen Arbeiten auch im Niederlande nur selten begonnen haben,